

Nebrer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM — Durch die Post bezogen 1,20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf., Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtparkasse Nebra — Bankverein Artzen.

Nr 151

Sonnabend, den 21. Dezember 1929

42 Jahrgang

Das Urteil des Staatsgerichtshofes.

Beamte dürfen sich bei jedem zugelassenen Volksbegehren einbringen.

— Leipzig, 20. Dezember.

In dem Verfassungsstreit am das Recht der Beamten, sich am Volksbegehren und am Volkswahlrecht zu beteiligen, hat der Staatsgerichtshof auf die Klage der beschönigten Landtagsaktion in Preußen gegen das Land Preußen für Recht erkannt:

Die in Artikel 130 Absatz 2 der Reichsverfassung den Beamten gewährte Befreiung ihrer politischen Gesinnung umschließt das Recht, sich bei einem zugelassenen Volksbegehren ohne Rücksicht auf dessen Inhalt einzutragen und beim Volksentscheid abzustimmen. Die weitergehenden Anträge werden abgewiesen.

Tagung mit Hindernissen.

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung angenommen.

— Berlin, 20. Dezember.

Auf der Tagesordnung des Reichstags steht die erste Beratung der Initiativgesetze der Regierungsparteien, über die Erhöhung der Tabaksteuer und der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, des sogenannten

Sofort-Programms.

Ein kommunistischer Antrag, den Finanzminister herbeizurufen, wird mit dem Einverständnis der Regierungsparteien abgelehnt.

In der Ansprache erklärt Abgeordneter Dr. Heitz (Sd.), seine Partei halte es nicht für erforderlich, in diesem Augenblick den beiden Gesetzentwürfen noch eine besondere Begründung zu geben, da man im Hinblick auf die Regierungserklärung in der vorigen Woche bereits einleuchtend über dieses Sofort-Programm gesprochen habe. Abgeordneter Enders (Komm.) wirft dem Sozialdemokraten vor, daß er auch hier wieder die Geschäftsinteressen des laienhaften Fraktionsrats vertreten. Die Firma Reemtsma habe das Finanzministerium völlig in der Hand. Der Redner verlangt die Einlegung eines Untersuchungsausschusses. Abgeordneter Fredel (Einigkeit) bezieht sich die Stellung zur Tabaksteuernovelle bis nach der Ausschlußberatung vor. Die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeträge lehnt er ab.

Die Novelle zum Tabaksteuergesetz wird darauf dem Steuerzuschuß überwiesen. Ein kommunistischer Antrag, auch die Vorlage über die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung dem Ausschuß zu überweisen, wird abgelehnt. Die Vorlage selbst wird darauf in zweiter Beratung mit 225 gegen 137 Stimmen angenommen.

Der Gesetzentwurf, wonach die Kosten bei Steuererhebung durch Nachnahme der Steuerzahler trägt, wird ebenfalls verworfen. Annommen wird ein Antrag aller Parteien, der die Reichsregierung ersucht, unverzüglich den Entwurf eines neuen Verleuges vorzulegen.

Da die Druckarbeiten für die Zollvorlage erst in den Vormittagsstunden verteilt wurden, wird auf Vorladung des Reichstages die Sitzung denn auf 4 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht der Reichstagsrat über Zolländerungen.

Da inzwischen die Parteiführer nach einer Beiprägung zum Reichstagsrat wegen der Schwierigkeiten der Beiprägung eines Mehrheitsentschlusses mit ihren Fraktionen verhandeln wollen, wird der Beginn der 2. Sitzung auf 4 Uhr vertagt.

Schachs Forderungen.

Finanzprogramm der Regierung wieder in Frage gestellt.

— Berlin, 20. Dezember.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen im Reichstag kann mitgeteilt werden:

Reichsbanpräsident Dr. Schacht hat seine schon früher erhobene Forderung auf härtere Garantien für die Reichsanleihe aufrechterhalten. Alle in den letzten Tagen unternehmen Versuche, den Reichsbanpräsidenten umzustimmen, sind erfolglos geblieben. Nachdem nunmehr die Kreditverhandlungen in der amerikanischen Bankengruppe zunächst als gescheitert zu betrachten sind, hat der Reichsbanpräsident erklärt, daß er den von der Regierung benötigten Ueberbrückungsbetrag mit der Regierung nicht einbringen, durch das die Schaffung eines Tilgungsausbehalts für die künftige Reichsanleihe festgelegt wird. Dieser soll bis Ende des Rechnungsjahres 1930 den Betrag von 450 Millionen Mark durch Einparierungen und Steuererhöhungen erreichen. Schließlich schließt die Erfüllung dieser Forderung die Durchföhrung des von der Regierung vorgeschlagenen Finanzprogramms, als auch in der Hauptlinie das Steuererhöhungsprogramm zunächst verschieben müssen.

Sollte das vom Reichsbanpräsidenten verlangte Geleis von den Regierungsparteien eingebracht werden, dann wäre es notwendig, daß der Reichstag noch bis zum Montag zusammenbleibe, da wegen der Fristen die erste Lesung des Geleisentwurfs nicht vor Sonnabend erfolgen könnte. In der Beiprägung der Reichsregierung mit den Parteiföhr-

ren wurden diesen die Stellungnahme des Reichsbanpräsidenten mitgeteilt. Inzwischen sind die Fraktionen zusammengetreten, um sich mit der neuen Lage zu beschäftigen. Die Zentrumsfaktion hat, wie vermeldet, zum Ausbruch gebracht, daß sie vom Reichsbanpräsidenten eine bindende Erklärung wünscht, ob es sich hier um seine letzte Bedingung handelt und ob er nach Einbringung des gewünschten Gesetzes die Garantie für eine In- und Auslandsanleihe des Reiches übernehmen würde. Im bejahenden Falle würde das Zentrum bereit sein, einen solchen Initiativantrag zu unterstützen.

Wird dem Erlauchen des Reichsbanpräsidenten stattgegeben, so haben wir die zunächst abgelehnte Finanzdistatur, sie heißt dann ohne Befragung der Parteien Dr. Gjalmar Schacht.

Die Fraktionen stimmen zu.

Die Fraktionen der Regierungsparteien haben der Forderung der Regierung auf Vorlegung eines Initiativgesetzes zur Schaffung eines Tilgungsausbehalts zugestimmt. Der Antrag ist bereits von allen Regierungsparteien unterzeichnet und ging sofort dem Reichstagsrat zu.

In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die im Finanzprogramm der Regierung enthaltenen Vorschläge zur Steuererhöhung infolge dieser neuen Lage nicht vor dem 1. 10. 1930 werden in Kraft treten können. Von völksparteilicher Seite wird demgegenüber betont, daß die Deutsche Volkspartei an der reiflichen Durchführung der zum Finanzprogramm mit der Regierung getroffenen Vereinbarungen festhält. Beim Reichstagspräsidenten hofft man, daß eine Montagung des Reichstages nicht mehr erforderlich sein wird, den Reichstag bis dahin zusammenzuhalten. Man glaubt vielmehr, daß, wenn die erste Beratung des Initiativgesetzes in der Freitagssitzung infolge kommunistischer Widersprüche scheitern sollte, man am Sonnabend nicht die erste, sondern auch die zweite Lesung vornehmen könnte, da die Regierungsparteien mehrheitlich auf eine Ausschlußberatung verzichten werden. Unter diesen Umständen könnte die dritte Lesung und die Schlußfassung des Reichstages in einer Sitzung in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag stattfinden.

Rücktritt Silberdinos?

Er bildet das Hindernis für eine Anleihe.

— Berlin, 20. Dezember.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist die Stellung des Reichsfinanzministers Dr. Silberding neuerlich dadurch stark erschüttert worden, daß man in gewissen Kreisen der Ansicht sein soll, daß man sich Bestehen im Amt den Rücktritt einer Anleihe, gleichgültig ob es sich um einen Inland- oder Auslandsanleihe handelt, unmöglich machen würde. Man hält aber daher einen Rücktritt des Reichsfinanzministers nicht für ausgeschlossen.

Passive Außenhandelsbilanz.

Leider Einfuhrüberschuß im November.

— Berlin, 20. Dezember.

Im November ist die Einfuhr im reinen Warenverkehr um 54,5 Millionen auf 1191 Mill. gestiegen, während die Ausfuhr einseitig 59,8 Mill. im Reparationsanleiherungen einen Rückgang um 100,2 Mill. auf 1153 Mill. An. zeigt.

Die Außenhandelsbilanz ergeben demnach einen kleinen Einfuhrüberschuß von 8 Mill. An., der sich unter Berücksichtigung der Reparationsanleiherungen, für die ein Gewerwert nicht einreicht, um 59,6 Mill. An. auf 67,6 Mill. An. erhöht, gegenüber einem Aktivsaldo von 58 Mill. An. im Vormonat, der nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes, das die Reparationsanleiherungen zur Ausfuhr hinzurechnet, mit 147 Mill. An. ausgewiesen wurde.

Die Zunahme der Einfuhr ist im Berichtsmonat zum überwiegenden Teil auf erhöhte Rohstoffzufuhr und Einfuhr halbfertiger Waren zurückzuführen, während die Einfuhr von Fertigwaren um 12,8 Millionen An. abgenommen hat. Der Ausfuhrüberschuß ist in erster Linie durch den Rückgang der Fertigarenausfuhr um 72,4 Mill. An. bedingt und zum Teil als Saisonerscheinung zu werten.

Einigung in der Zollfrage.

Verhandlung im Plenum am Donnerstag erwartet.

— Berlin, 19. Dezember.

Die Beiprägung der Zolländerungsverhandlungen der Regierungsparteien mit der Regierung dauerten bis gegen Mitternacht und führten im allgemeinen zu einer Einigung in den Hauptfragen.

Die viel umstrittenen Geleisfälle sind beseitigt worden, und an ihre Stelle wird ein Sicherheitsfaktor einbezogen werden. Die Regierungsparteien wollen durch einen Antrag erreichen, daß ein Weizenpreis von 260 Mark und ein Roggenpreis von 230 Mark als angemessen für die Landwirtschaft festgelegt wird. Wenn dieser Preis im vormonatlichen Durchschnitt unterzeichnet wird, soll der Zoll von 9,50 Mark für Weizen und 9,00 Mark für Roggen fallen. Dieser Zoll soll bis auf 3,50 Mark für Weizen

und 3,00 Mark für Roggen ermäßigt werden, wenn im stromonatlichen Durchschnitt die Preise überdurchschnittlich werden. Es wird also vom 1. Januar ab der Weizen Zoll 9,50 Mark, der Roggen Zoll 9,00 Mark betragen. Bei der Braugeräte soll ein Fest Zoll von 9,00 Mark, bei Hafer ein solcher von 7,00 Mark gelten.

Sinnlichlich des Futtergeleisfalls

ist eine Bindung noch nicht erfolgt, doch glaubt man, daß die Frage Schwierigkeiten nicht mehr bereiten wird. Die Einfuhrgebühren werden für Weizen auf 6,50 Mark, für Roggen und Hafer auf 6,00 Mark, für Braugeräte auf 6,50 Mark festgelegt. Sie sollen bei Weizen und Weizen geruntertgesetzt werden, wenn der Zoll sinkt.

Ueber den Weizenzoll

ist eine Verhandlung noch nicht erfolgt, doch erwartet man auch in dieser Frage keine besonderen Schwierigkeiten mehr. Es dürfte voranschrittlich eine Einigung dahin zustande kommen, daß der doppelte Getreidezoll mit einem Zuschlag von 1,50 Mark festgelegt wird.

Bei den Weiz- und Weizenzöllen

ist eine Festlegung noch nicht erfolgt, doch wird voraussichtlich auch hierbei eine Einigung noch erzielt werden können.

Ein französischer Föhrer.

— London, 20. Dezember.

Was die Behauptung von Bertinax anbelangt, daß Snowden Sanktionen gegen Deutschland in Aussicht nehme für den Fall der Ablehnung bestimmter Teile des Youngplans, so handelt es sich hier wahrscheinlich um eine reichlich weit gehende Auslegung der tatsächlich außersichtlich gültigen Stellung Frankreichs für den Haag. Die arbeitgeberliche Regierung lehnt eine Sanktionspolitik jeder Art ausdrücklich ab, und es besteht keinerlei Anhaltspunkt, Snowden hieron auszunehmen.

Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Entwidlung in den deutsch-englischen Finanzkomplexen, wie der Eigenanfrage, und auch die Entwidlung in der Frage des Reichsrechts auf die Ueberwälle, die sich aus dem Uebergeleit von Dawes und Youngplan ergeben, einige Reaktionen veranlassen. Aber selbst im Falle der Nichteinigung würde Schwankender Snowden oder die britische Regierung keineswegs auf die alte Politik der Sanktionsandrohung als letztes Mittel des Ausgleichs zurückgreifen.

Von London aus wird der Redner Bertinax durch das Auswärtige Amt ganz energisch demontiert.

Der Zeitpunkt der zweiten Haager Konferenz.

England und die französischen Sanktionswünsche. Der Meinungsaustrausch über die auf der zweiten Haager Konferenz zu behandelnden Fragen hat nun doch zu einem Teil der französischen Auffassung geföhrt. Der Form nach bleibt der 3. Januar als Beginn der Konferenz bestehen, jedoch werden an diesem Tage lediglich die Juristen zu einer Art vorbereitenden Tagung zusammenzutreten, während die eigentliche Vollkonferenz am 6. Januar beginnen wird.

Der eigentliche Grund für die Zustimmung zu dieser Beratung durch die englische Regierung ist im Hinblick auf den geheimnisvollen Charakter der bisherigen juristischen Verhandlungen wenig durchsichtig.

Es ist aber kaum daran zu zweifeln, daß man hofft, bis Anfang Januar zu einer sachlichen Einigung vierteljährlich auch in der Frage der Reparationen zu gelangen, jedoch überzeugt ist, daß nicht mehr ausreichend Zeit verfügbar sein wird, um auch die juristischen Vorarbeiten zu leisten.

Ein Stellungsgewechsel der englischen Politik ist daher in der Beratung der Konferenz nicht zu sehen.

Bedeutung des rheinischen Eisenbahnabkommens

— Paris, 19. Dezember.

Der „Temps“ befaßt sich mit der Veröffentlichung der Abkommen zwischen der Sozialistenkonferenz und dem Deutschen Reich über die deutschen Eisenbahnen im Rheinland. Das Blatt wirft, daß die hierüber erfolgten, auch in Frankreich veröffentlichten amtlichen deutschen Informationen vor, daß sie die für Deutschland günstigen Momente des Abkommens einseitig unterdrücken habe. Dies könnte ein tiefes Bild von den Abkommen geben.

Wenn auch die Fragen besonders technische Charakter tragen, so hätten sie doch nicht weniger politische Bedeutung bezüglich der effektiven Entmilitarisierung des Rheinlandes durch die Durchföhrung des Versailler Vertrages. Wenn Deutschen und gewisse Eisenbahnenkreise in der Entmilitarisierung und gewisse Eisenbahnenkreise in der anderen Seite die Jone getraut seien, so habe man auf der anderen Seite die notwendigen Vorkehrungen getroffen, damit die Eisenbahnen nicht kompromittiert werden könnten.

Die deutsche Vertretung im Haag.

Auch Schacht als Delegierter.

— Berlin, 19. Dezember.

Das Reichstagskabinett wird sich in den nächsten Tagen mit den Problemen der zweiten Haager Konferenz beschäftigen.

Nachdem die Ministerialdirektoren Gans und Ritter den Bericht über den Verlauf der Juristen-Konferenz in Brüssel erstattet haben, muß nunmehr geprüft werden, welche Differenzen noch bestehen und der Erledigung auf der Konferenz harren.

In unterrichteten politischen Kreisen wird die Aufgabe der deutschen Delegation im Haag keineswegs als leicht angesehen.

Das Memorandum des Reichsanpräsidenten

hat bereits einen Teil der Schwierigkeiten aufgezeigt, die nach der Beilegung harren. Dazu kommen weitere Fragen über die zu lösenden einzelnen Kabinettangelegenheiten, die endlich mit dem Beschluß über die Zusammenlegung der deutschen Delegation erfolgen, und hier erhebt sich nunmehr die Frage, ob diesmal Schacht als deutscher Sachverständiger auf der Pariser Konferenz mit zu den Hauptbelegten der deutschen Regierung neben den Reichsministern zählen soll.

Ein Teil der Bestimmung des Reichsanpräsidenten

gegen die deutsche Regierung ist wohl darauf zurückzuführen, daß er auf der ersten Haager Konferenz nicht zu den deutschen Hauptbelegten zählte. Die Reichsregierung wird sich bei den bevorstehenden Entscheidungen nicht durch persönliche Vermittlungen beeinflussen lassen, wenn die sachlichen Erwägungen es notwendig machen, daß der Reichsanpräsident als Hauptbelegter der deutschen Abordnung angetreten muß, so dürfte auch ein solcher Beistand erfolgen.

Nach dem In- und Auslande.

Der europäische Flugplan 1930.

Berlin, 20. Dezember. Im Reichsverkehrsministerium im Berlin wurde die große internationale Flugplan-Konferenz, an der 22 europäische Luftverkehrs-Gesellschaften teilnehmen, eröffnet. Zunächst sollen Interessenten können feste Vereinbarungen getroffen werden, so daß jede zwischenstaatliche Luftverkehrslinie nunmehr als ein Glied in einem organischen Gefüge erscheint. Als Ergebnis der Sitzung wurde der europäische Flugplan für 1930 festgelegt.

Umgleichung des deutsch-österreichischen Grenzschiffs.

Wien, 20. Dezember. Der Nationalrat hat die Bestimmungen über den Haushalt begonnen, die in zweiter und dritter Lesung zu Ende geführt werden sollen. Beim Kapitel Luftverkehr ist die Sozialdemokratie einen Zusatzantrag, der die Regierung auffordert, dem Nationalrat eine Vorlage über die Umgleichung des österreichischen Grenzschiffs an das deutsche Recht zu unterbreiten. Ueber diesen Zusatzantrag wurde namentlich abgestimmt. Er wurde mit 81 Stimmen der Sozialdemokraten und der Großdeutschen gegen 70 Stimmen der Landvolk- und Christlich-Sozialen angenommen.

Vertrauensvotum für die belgische Regierung.

Brüssel, 20. Dezember. Die belgische Kammer nahm mit 100 Stimmen gegen 72 bei einer Enthaltung ein Vertrauensvotum für die Regierung an. Viele Abgeordnete der Regierungsmehrheit, sowohl Katholiken als auch Liberale, erklärten dazu, daß sie für das Vertrauensvotum unter der Bedingung gestimmt hätten, daß die Kammerfrage eine befriedigende Lösung finde.

Vor neuen Unruhen in Mexiko?

Manzanillo, 20. Dezember. Der bei den Wahlen unterlegene merikanische Präsidentschaftskandidat Gascoyelles, der nach den neuesten Statistiken die Mehrheit gewonnen hat, hat seine Anhänger in Mexiko wieder aufständisch werden. Er selbst werde nach Mexiko zurückkehren, um den Aufstand persönlich zu leiten. Gascoyelles ist sehr zuversichtlich und rechnet stark mit dem Ueberlaufen des größten Teils der mexikanischen Regierungsmänner.

Die Fehlschuldengelder Tschiangkaifschek.

London, 20. Dezember. Nach Berichten aus Peking erklärte Tschiangkaifschek amtlich, daß die Aufforderungen niedergebundenen Fehlschuldenscheinen, die Tschiangkaifschek die Unterfahnen des Generals Tangchiang, der den Aufstand in der Provinz Honan leitete, mit 800 Millionen Mark gekaufte habe. Tschiangkaifschek behauptet, Tschiangkaifschek habe noch eine Milliarde 400 Millionen Mark bei ausländischen Banken liegen. Die Geldquellen Tschiangkaifschek seien ein großes Geheimnis.

Der Staatsbürger zählt . . .

Nach einmal am Bankrott vorbei.

An Stelle der geforderten 80 Millionen aus Amerika wird die Stadt Berlin nun 45 Millionen aus preussischen und privaten deutschen Stiftungen erhalten. Um ein Jahr ist die Hauptstadt des Reichs am Bankrott vorbeigekommen. Nach einmal gerettet — ein Anfallern geht durch die Reihen der Gläubiger.

Aber schon greift die neue Sorge ein: Was wird am 31. Januar werden, so daß am 29. Februar, was gar am Jahresabschluss des 31. März? Gewiß — was die Lage ist bis dahin erfüllt der Berliner kann ja zahlen. Aber am Tage auch nur drei Straßenbahn, Autobus- oder Hochbahnfahrten magst (in vielen Fällen ein geringer Durchschnitt), der hat monatlich 4,50 Mark mehr als bisher für Fahrkarten auszugeben. Und wer bisher 8 Mark für elektrischen Strom zahlte, muß in Zukunft 10 Mark zahlen. Gewiß — so kommt noch manches ein. Aber ob sich nicht mander überlegen wird, ob er in Zukunft nicht doch einen Weg zu Fuß geht, ob er nicht noch eine Lampe weniger brennt? — So ist es noch keineswegs gewiß, ob die Tarifverhöhung die erhofften Mehrerträge bringen wird. Gewiß ist nur, daß die Erhöhungen für sich einzelnen eine ganz erhebliche Vertiefung der Lebenshaltung, und für die Wirtschaft eine gewaltig unerwartete Umwälzung bedeutet.

Englich wird im Januar bekanntlich die Reichsbankreform erfüllt. Auch die Steigerung der Sozialkassen ist für den 1. Januar vorgesehen. Der Beginn der Steuererhöhungen ist ebenfalls auf den 1. Januar angesetzt — und schließlich und letztlich sollen im Januar bekanntlich die Haupt-Krisen abgemindert werden, die in ihrem planmäßigen fähigen Anzeichen Reich, Kinder und Erwachsenen, Privatbank und Landwirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen in steigendem Maße befallen. Die Entwicklung also, die in einer Annahme des Haupt-Planes folgen würde, vermag sich jeder selbst auszumalen.

Einmal noch ist die Hauptstadt des Reichs und schließlich ja auch das Reich selbst am Bankrott vorbeigekommen. Aber der Bankrott kommt, wenn nicht endlich einer Politik Einhalt geboten wird, die zuversicht ist, wenn sie noch einmal ein Jahr am Wege fallen kann durch Aufschwung eines noch größeren Kredits zwei Schritte weiter, anstatt daß sie nutzlos und andere Wege löst.

Aus der Umgegend

Nebro, 21. Dezember.

— **Richtliches.** Morgen, am 4. Adventssonntag, nachmittags 4 Uhr, soll, so Gott will, die Weihnachtsfeier des Abendsgottesdienstes im Saal der „Sorge“ stattfinden. Die Kinder sind an dieser Feier mit Dekorationen und Sichern selbst sehr beteiligt. Die Eltern und sonstige Erwachsene sind zu der Feier ebenfalls herzlich eingeladen. — Der Hauptgottesdienst am 4. Advent soll im Gemeindefest abgehalten werden, ebenso die angelegte Weihnachtsfeier.

— **Goldener Sonntag.** Der kommende letzte Sonntag vor Weihnachten wird mit dem „Goldenen Sonntag“ belegt. Die Geschäfte dürfen an diesem Tage von 12—5 Uhr geöffnet sein und die Geschäftsinhaber legen ihre ganze Hoffnung auf eine gute Tageseinnahme. Wir wünschen allen volle Befriedigung ihrer Wünsche.

— **Zum Volksentscheid** am kommenden Sonntag sei noch einmal darauf hingewiesen, daß derselbe sich genau wie die vorausgehenden Wahlen abwickelt, aber darin ist die Sache einfacher, daß der Stimmzettel nur zwei Fragen enthält: „Ja“ oder „Nein“. Wer nicht will, daß ihm der letzte Großden abgehört wird, der stimme für das Freiheitsgesetz, d. h. er kenne das late unter „Der schwebende Fels“ an; wer sich, Kinder und Gattin freizulassen machen will, der weine das Freiheitsgesetz durch Freizügung des rechten Fehdes auf dem Stimmzettel, oder teils u. hause. — Jeder Wähler hat wieder in seinem früheren Wahllokal zu wählen. Man gehe möglichst am Sonntag zur Wahl. Parole muß heißen: Freiheit dem deutschen Volk! Was Du ererbst von Deinen Vätern, Erwirb es, um es zu besitzen!

— **Weihnachtsfeier der Volksschule.** Weihnachten ist in erster Linie das Fest der Kinder, es bildet ja auch den Grund- und Gipfel unserer christlichen Weltanschauung, den wir so fest als möglich in den Kinderbergen verankern sehen möchten. Daß hierbei die Schule mit Hand ansetzt, ist zu begreifen. Aus früheren Jahren wissen wir, wie lebendig die Kinder ohne Ausnahme sind, wenn es heißt, die Weihnachtsfeier der Schule vorzubereiten, wie ihnen keine Aufgabe zu schwer wird, wenn es gilt, „ihren“ Weihnachtsabend auszuführen. So haben Lehrer und Kinder während der vorweihnachtlichen Wochen ein harmonisches Ziel, ein einigstimmiges, wozu die Elternstufen ebenfalls mit erhebt sind. Am Donnerstag wird wiederum der Weihnachtsabend für unsere Schule, der Herzen der Kinder ganz höher fassen ließ, als selbst der Tag des Kinderfestes. Nachmittags 4 Uhr war die Feier für die unteren Klassen, abends 8 Uhr hatten die oberen Klassen das Wort. Ein aufregender Tag für Lehrer, Schüler und Eltern, vor allem für die Höhe so fast in Anspruch genommenen Mütter war dieser Tag. Er sollte die Krönung der wochenlang mit Eifer und Fleiß betriebenen Vorbereitungen bringen. Die Aufregung der Kleinen, ja auch der Großen, war bis auf höchste geflogen. Ob wohl alle Klappen voll, fraute sich wohl so mancher von den kleinen Darstellern und Vortragenden in einem Anflug von Kampfesfieber. Ja, es hat geklopft, das kann schon vorweg gesagt werden. — Adhärenz harten Eltern und Geschwister der Dinge, die ihnen die Kleinen bieten würden. In dem reichhaltigen Programm kamen die Kinder aller Klassen zu Wort. Hinweg war alle Angst, Furcht und Fehlschuldensorgen für die Schritte auf der Bühne, sicher und mit gutem Willen trugen sie ihre Sprüche und Gedichte vor. Ja, sie waren in ihrem Element und waren stolz und frohbewegt, sich vor der großen Zuschauerzahl als Darsteller zeigen zu können. — Am Abend hat der Feiertag der Oberklassen basstliche Bild. Noch größer war hier die Zahl der Zuschauer und schärfer die Aufgaben, die sich Lehrer und Kinder gestellt hatten. Obgleich nur ein Teil der Schüler und Schülerinnen mitwirken konnten, war das Programm doch immer noch reichlich ausgefüllt. Weihnachtsfeiern, Weihnachtsstunde und erwartung atmeten die Vorträge und Aufführungen. Der gleiche Zauber, der die Kleinen am Nachmittag in das Wunderland ihres Märchenglaubens führte, besetzte ebenfalls die Leistungen der Großen und fand seinen Weg auch zu den Herzen der Zuschauer. Erst in vorgedruckter Stunde konnte Knack Ruprecht die Geschichte für die Kinder auspacken, die alleseitig Freunde erweckten. — Die mühselige Arbeit der letzten Wochen war reiche Belohnung in diesen nachvollgenden Weihnachtsfeiern, die für Kinder und Eltern ein beglückendes Erlebnis waren.

— **Vorfall beim Winterpost.** Zur Vermeidung von Anlaufschäden dürfen die Robelabagen und die auf den Füßen, Plutinnen und Leigen entweichenden Eisflächen erst dann betreten bzw. benutzt werden, wenn sie freigegeben und unter Aufsicht gefestigt worden sind. Für Schäden, die durch unbedeutendes Betreten der Bahnen entstehen, müssen die Betreffenden jeweils selbst aufkommen. Als Vermeidungsmittel bietet Herr Bergwardt ein ganz besonderes Programm, an dem die Befahrer ihre Weihnachtsfreude finden werden.

— **Warnung vor Annahme falscher Jehannarscheine.** Vor dem Weihnachtsfest und zurzeit der Frühjahrs- und Herbstmeile werden regelmäßig in Leipzig und in anderen Orten vermehrt von in Deutschland umherziehenden Frankfurterertrags falsche Jehannarscheine zu 10 M. in Umlauf gesetzt. Auch jetzt sind wieder derartige Scheine aufgetaucht. Die Täter luden mit Vorliebe Bäder- und Fleischerläden und andere kleine Geschäfte auf, wo sie beim Kauf von Kleinigkeiten einen falschen Jehannarschein in Zahlung geben. Die Scheine sind von schlechtem Papier, die hellblaue Farbe auf der rechten Seite ist mit einer leuchtigen Lackfarbe nachgemacht, die beim Falten gegen das Licht nicht blau leuchten ganz erscheint. Das Gesicht im Kopfbild ist unbestimmt. Die Augen haben einen anderen Blick und sehen etwas in die Ferne. Die Scheine sind von anderer Seite. Der Hauptbegriff ist nicht ganz genau. Dem Vorleger derartige Scheine übergeben man einem Postbeamten.

— **Winnarz. Großfeuer in Ehingsdorf.** Das etwa 40 Meter lange Stallgebäude des Ritterguts Ehingsdorf in Ehingsdorf brannte nieder. Nur durch den Umstand, daß das Gebäude nicht ganz voll war, konnten etwa 80 Stück Vieh gerettet werden. Dagegen wurden 1000 Zentner Futterstroh vernichtet. Das Gebäude ist völlig abgebrannt. Eine beachtliche Futterheune, deren Dachstuhl schon in Brand gerieten war, konnte zwar erhalten werden, doch wurden die dort liegenden Futtermittel

und Futtervorräte durch Wasser erheblich beschädigt. Nach den bisherigen Feststellungen kann vorläufige Brandschätzung angenommen werden. Der Wert ist noch nicht bekannt.

— **Flau.** Von den eigenen Pferden getötet. Als der 72jährige Landwirt Leopold Bender 1 an Siegelbach mit seinem Ackerpflug auf der Heimfahrt begriffen war, löstete auf der Staatsstraße zwischen Siegelbach und Siegelbach die beiden jungen Pferde und gingen durch den alten Mann, der die Gemäße über die Tiere verloren hatte, fand man mit einem Schildebrett tot auf. Der Ackerpflug und Teile des Wagens lagen verstreut umher.

— **Küdderisch.** Durch einen Steinwurf in den beim Spielen von einem Kameraden mit einem Stein gegen die Kugel, die beide nach Wandhauerfranz auf ein und man brachte das Kind in eine Kamerad, wofür es aber auch nicht mehr getötet werden konnte.

— **Sopigarten.** 80. Geburtstag einer bekannteren Thüringerin. Im 80. Lebensjahr konnte am 19. Dezember, in geistiger und körperlicher frische Frau Friederike Wilsch, geb. Brimmer aus Sopigarten beglückwünschten. Sie hat 6 Kinder und 12 Enkelkinder. In ganz Thüringen bekannt und hat einen großen Kreis hängender Kundstube, die sich des Ehrentages der Greisin fröhlich erinnern. Frau Arnold ist schon über 20 Jahre Witwe und hat 10 Kinder im Ganzen einer großen Verbandsorganisation, darunter 14 Enkel und 20 Urenkel. Sie ist sehr vergnügt sein, noch recht lange ihrem Berufe nachzugehen!

— **Schmaltaiden.** Falsche Fünfmärkte. Von der Polizeiverwaltung wurde das Aufstehen von falschen Fünfmärkten festgestellt. Die falschen Münzen stellen durch ihre dunkle Färbung auf. Die Nachahmungen bestehen aus Blei. Ueber die Herkunft des Geldes konnte noch nichts festgestellt werden.

Neue Ausfahrten für den Winter.

Neue Erwerbslosgenausfahrten in Frankfurt a. M.

In den Abendstunden veranstalteten Erwerbslose eine Erwerbslosgenausfahrt für eine Weihnachtsfeier. Ein großer Zug bewegte sich durch die Innenstadt nach dem Rathaus. Die Programmpunkte zum Rathaus, in dem die Stadtratsmitglieder tagen, waren durch stark Polizeiposten abgeteilt. Bei dem Versuch, zum Rathaus vorzudringen, wurden die Demonstranten von der Polizei in die Innenstadt abgedrängt. Hier kam es zu schweren Ausfahrten. Ede Bürger und Staatsbedienstete, die zum Teil des Straßensicherungs- und Staatsbediensteten waren, wurden durch die Pfosten aufgehalten. Es war ein Bild wie in den schlimmsten Aufständen. Der Mob schoß scharf und überhäufte die Polizeibeamten mit einem Hagel von Steinen, so daß die Beamten des öfteren zur Schußwaffe greifen mußten. In

Erwerbslosgedemonstration verboten.

Berlin, 20. Dezember. Die für Donnerstagabend festgesetzte Demonstrationssammlung der Erwerbslosen am Neuen Markt unweit des Berliner Rathauses ist von der Polizei verboten worden, da der Neue Markt unweit des Berliner Rathauses liegt und sämtliche Demonstrationen deshalb verboten sind. Auf dem Neuen Markt kam es gegen 6 Uhr eine größere Anzahl von Erwerbslosen an, wobei es häufig zu Zwischenfällen kam. Mehrere Personen wurden verletzt und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Der Zug der Erwerbslosen am Wilhelmplatz, der sich in Bewegung nach dem Neuen Markt gesetzt hatte, wurde ebenso wie der Neustädter Demonstrationssammlung aufgelöst. Zu blutigen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Locomotive fährt in Arbeiterkolonne.

Sechs Tote, sechs Verletzte.

— **Elfen, 20. Dezember.**

— **Im dem Streckenloks Sellenbeck** kurz vor dem Bahnhof Mühlheim-Nah-—Springhausen fuhr bei hartem Nebel eine Lokomotive in eine Arbeiterkolonne. Hierbei wurden vier Arbeiter getötet und acht verletzt. Im Mühlheimer Krankenhaus sind 2 der Verletzten gestorben.

— **Im Industriegebiet** verdrängte die Kugel in den Mittwochs-Abendstunden und in der Nacht darauf, daß harte Straßenbahn- und Jugendparpationen eintraten, die bei Personenzügen bis über eine Stunde betrug.

Schiffungslück vor Newyork.

Zwei Passagierdampfer zusammengeprallt.

— **Newyork, 20. Dezember.**

— **90 Kilometer** vom Newyorker Hafen entfernt rannte der Passagierdampfer „Algonquin“ infolge unbedingten Fehlers des Passagierdampfers „Fort Victoria“ mittelschiffs. Die sofort einsetzenden Hilfsmittelmaßnahmen verhinderten eine Panik, so daß keine Verluste an Menschenleben eintraten. Die „Fort Victoria“ ist gekentert.

Die „Fort Victoria“, die mittschiffs ein großes Leck erhalten hatte, sank drei Stunden später beim Ambrose-Leuchtturm, während die „Algonquin“, gleichfalls schwer beschädigt, mit eigener Kraft in den Hafen zurückkehren konnte. Die Passagiere der „Fort Victoria“ wurden von Flottenbooten aufgenommen und konnten alle gerettet werden.

Englische Südafrikafleger abackürzt.

Wahrscheinlich gegen eine Vergeltung gelassen.

— **London, 20. Dezember.**

— **Das englische Luftfahrtministerium** gab amtlich bekannt, daß die Nachricht von dem Absturz der britischen Südafrikafleger nicht bestätigt und beide Anflüge des Flugzeuges, Major von Williams und Lieutenant Gennals, bei dem Flugzeug zerstört wurden. Einzelheiten liegen im Luftfahrtministerium noch nicht vor.

— **Luftfahrtminister Thomon** hatte vor dem Verbotung des Oberhauses mitgeteilt, daß auf Grund eines Berichtes des englischen Generalkonsuls in Tunis kein Zweifel bestehen könne, daß es sich bei dem abgestürzten Flugzeug um ungarische Luftfahrzeuge handele. Gegenwärtig sind umfangreiche Nachforschungen in Gange. Man nimmt an, daß die Flieger nach Tunis von etwa 1200 Meilen in den Anflügen des Atlasgebirges abstürzten.

— **In den Nachmittagsstunden** wurde in der Stadt Tunis die Nachricht bekannt, daß Eingeborene in der Gegend von Nordtunis ein Flugzeug auf die Erde stürzen ließen. Die Flieger waren in dem sich der Flieger zweier Flieger befanden. Die Flieger vorgenommen Untersuchung der Behörden wurde durch das schlichte Wetter und die Schwierigkeiten der Gegend sehr

Bekanntmachung.
Die Auszahlung der Weihnachtsbeihilfen an die Sozial- und Kleinrentnererfüllungsempfänger erfolgt am **Montag**, den 23. Dezember d. J., von 11 Uhr ab in der **Stadtkasse**.
Nebra, den 20. Dezember 1929.

Der Magistrat. J. B.: Meitz.

Bekanntmachung.
Die Rentenquittungen sowie alle anderen Rentenbescheinigungen sind zur Beglaubigung bis spätestens **Freitag**, den 27. Dezember d. J., mittags 12 Uhr im Rathhaus, Zimmer Nr. 3, abzugeben.
Die Wiederansgabe der Rentenquittungen erfolgt am Montag, den 30. Dezember von 11-12 Uhr im Zimmer Nr. 4. Es wird erbeten, die Termine **pünktlich** einzuhalten.
Nebra, den 20. Dezember 1929.

Die Polizeiverwaltung. J. B.: Meitz.

Bekanntmachung.
Auf Grund des Reichsgesetzes vom 13. Dezember d. J. (R. G. Bl. I S. 219) dürfen offene Verkaufsstellen am 24. Dezember nur bis **6 Uhr nachmittags**, Verkaufsstellen, die ausch. oder überwiegend Lebensmittel, Genussmittel oder Blumen verkaufen, bis **6 Uhr nachmittags** für den geschäftlichen Verkehr offen sein. Die beim Ladenschluss noch anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden.
Die Polizeiverwaltung bittet, für pünktliche Einhaltung der Ladenschlusszeiten besorgt zu sein.
Nebra, den 20. Dezember 1929.

Die Polizeiverwaltung. J. B.: Meitz.

Bekanntmachung.
Das Ständesamt ist am 2. Weihnachtsfeiertag von 11-12 Uhr für dringende Fälle geöffnet.
Nebra, den 19. Dezember 1929.

Der Standesbeamte.

Höhere Privatschule Rossleben
Anmeldungen für die Exzer der Höheren Privatschule (Gymnasium und Realgymnasium VI-IV; Examen bis OIII) nehme ich am 23. und 24. Dezember, nachm. von 3-4 Uhr in meiner Wohnung (Kloster) entgegen. Impf- und Taufzettel mitbringen. **Sachs, Oberstudienrat.**

Wer an das Wohl der Seinen denkt,
Zu Weihnachten ein SPARBUCH
schenkt von der **Stadtparkasse Nebra a. U.**
Mündelsicher.

Halt! Weihnachtsmann! Halt!
Hier findest du große Auswahl in praktischen Weihnachtsgeschenken
Für den Weihnachtstisch des Hausherrn oder des Herrn Sohnes:
Güte und Mützen
Sehr billige Arbeitsmützen (schon von 1.- Mk. an)
Wäster / Anzüge
Windjacken Arbeitskleidung Jagdwesten Pullover Stutzen Socken Gamaschen Normalwäsche Einsatzhemden Oberhemden Kragen Binder u. Zierfächer Handschuhe Große Auswahl Neue elegante Muster Große Auswahl **Hosenträger und Sockenhalter** (auch in schönen Geschenkkartons).
Gleichzeitig bitte ich bei Bedarf um Einsicht in meine **erstklassige Stoffmuster-Kollektion** und halte mich zur **Anfertigung feiner Herren-Garderobe nach Maß** bestens empfohlen.
Karl Horlbeck
Nebra a. U. Schneidermeister Nebra a. U.

Wir reinigen u. färben Damen- u. Herrengarderobe
Wir waschen **Tragen und Oberhemden Haushaltswäsche** in bekannt guter Ausführung.
Plisseebrennerei:
Vereinigte Färbereien u. Wäldereien
Mauersberger, Galgenberg, Unken, Gleser, G. m. b. H., Halle.
Annahmestelle bei Herrn Friedrich Grob
Confektionsgeschäft, Nebra a. U., Reinsdorfer Strasse 4.

Zum Weihnachtsfest
empfehle feine **Rhein-, Mosel- und Rotweine Bordeaux-, Borgunder- und Südweine**
Besonders preiswert:
feiner alter Sargano
1928er Edenobener
1928er Spanisch, Montagne Rotwein
einschließlich Flasche nur 1,20 RM.

ff. Jam.-Rums, Batavia-Arrak und Weinbrand-Verfälschte, Deutschen Weinbrand, echt. alten Nordhäuser Korn, Bunschessenzen, feine Liköre in großer Auswahl (in Flaschen und ausgemessen).

Sodafine geröstete Kaffees
in hervorragender Feinmischung
Feinkaffee
Stollwerk-Marzipan und -Pralinen
Zigarren u. Zigaretten
in prächtigen und Weihnachtspackungen in allen Preislagen
August Oelschig
Breite Straße 29

Für den Heiligabend
empfehle:
Salzheringe und marinerte Heringe
in bekannter Qualität,
Bratheringe
Sardinen
Bücklinge
Heringssalat
Fleischsalat
Saure Gurken St. 5 Pf.
Wwe. Meitz.

2-Zimmerwohnung
mit Zubehör zum 1. Januar in Rossleben zu vermieten.
Walter Reinhardt
Neubau, Siedlung Eigenheim

Am Sonntag, den 22. Dezember
gebe ich nochmals beim Einkauf einer **1/1 Flasche Rum, Weinbrand, Arrak Alten Korn oder Likör** ein Taschengeld (1/10) **gratis**
Wwe. Meitz.

Grösste Auswahl
Sprech-Apparate und Schallplatten
kaufen Sie vorteilhaft bei
Walter Scharf, Nebra.

Der ober-schlesische **Wanderer**
Verlag: Gleiwitz, Begründet 1828
Bei weitem verbreitetste Tageszeitung Ober-schlesiens
Erfolgreichstes Anzeigenblatt

„und dann, müßte die natürlichste **MUSIK und THEATER**, die große hochinteressante illustrierte **Halbmonatsschrift**, lesen!
Lass dir doch gleich **im Sommer** vom Verlag, Berlin N 24 ein **Heft zur Ansicht** schicken!!

Zum Weihnachtsfest
Thams & Garfs fest. Kaffee
(stets frisch geröstet) — 1/2 Pfund 70, 80, 90, 100 und 120 Pfennig.

Lebkuchen und Gebäck	Süd-Weine
Schokoladen-Befüllungen-Herzen 10 Stück 45 Pfg.	Tafel-Weißwein Flasche Mk. 1.60
Pfefferkuchen 3 Stück 25 Pfg. und 10 45 Pfg.	Malaga Gold „ 1.80
Pfefferkuchen i. Packg. 2 Pakete 55 und 2 35 Pfg.	Tarragona, weiß „ 1.60
Mignon-Herzen Packg. 10 Stk. 75 „	Insel Sarnos „ 1.80
Spitzkuchen 1/2 Pfund 45 „	Gemüse-Konserven
Reismischung 1/2 Pfund 45 „	Julisuppenmischung 1/2 Dose 90 Pfg.
Pralinen und Schokoladen	Leipziger Mörle „ 105 „
Tha-Ga-Pralinen in Packungen	Gemüse-Erben „ 66 „
Vanille 1/2 Pfund-Karton 80 „	3g. Erbsen, mittelfein „ 82 „
Böhme-Pralinen in Geschenk-Packung 75 Pfg. bis 3.-	3g. Erbsen m. Karotten „ 84 „
Mignon-Pralinen in Geschenk-Packung 60 Pfg. bis 3.50	Badwaren
Landhaus-Vollmilch-Schokolade 3 Tafeln à 100 g nur 1.-	Mandeln, süß und bitter Pfund 180 Pfg.
Gedde-Vollmilch m. gg. Rüssen 3 Tafeln à 100 g nur 1.-	Sultanen „ 58 „
Sports-Eoriment 3 Tafeln à 50 g nur 50 Pfg.	Koffinen „ 45 „
Hamburger Kaffee-Lager	Staubzucker „ 38 „
Gustav Barosel	Auszugwehl 5 Pfund-Beutel 95 „
Thams & Garfs	Kaiseranzugwehl 5 Pfund-Beutel 120 „
Niederlage	Waldkäse: Haselnüsse:
Nebra a. U.	Pfund 75 Pfg. Pfund 75 Pfg.

Nebrer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“.
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM — Durch die Post bezogen 1,20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köpchen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen token: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Flekamentel 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Altem.

Nr 151

Sonnabend, den 21. Dezember 1929

42 Jahrgang

Das Urteil des Staatsgerichtshofes.

Beamte dürfen sich bei jedem ungelassenen Volksbegehren eintragen.

— Leipzig, 20. Dezember.

Zu dem Verfassungsstreit um das Recht der Beamten, sich am Volksbegehren und am Volksentscheid zu beteiligen, hat der Staatsgerichtshof auf die Klage der bedeutendsten Landtagsfraktion in Preußen gegen das Land Preußen für Recht erkannt:

Die in Artikel 130 Absatz 2 der Reichsverfassung den Beamten gewährte Freiheit ihrer politischen Meinungen umfaßt das Recht, sich bei einem ungelassenen Volksbegehren ohne Rücksicht auf dessen Inhalt einzutragen und sein Volksentscheid abzugeben. Die weitergehenden Ansprüche werden abgewiesen.

Tagung mit Hindernissen.

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung angenommen.

— Berlin, 20. Dezember.

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die erste Beratung der Initiativgesetze der Regierungsparteien, über die Erhöhung der Tabaksteuer und der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, des sogenannten Sofort-Programms.

Ein kommunistischer Antrag, den Finanzminister herbeizurufen, wird mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt.

In der Aussprache erklärt Abgeordneter Dr. Fetz (So.) seine Partei halte es nicht für erforderlich, in diesem Augenblick den beiden Gesetzentwürfen noch eine besondere Begründung zu geben, da man im Hinblick auf die Regierungserklärung in der vorigen Woche bereits eingehend über dieses Sofort-Programm gesprochen habe. Abgeordneter Fretbel (Wirtsch. Part.) bezieht sich die Stellung zur Tabaksteuervermehrung bis nach der Ausschlußberatung vor. Die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge lehnt er ab.

Die Novelle zum Tabaksteuergesetz wird darauf dem Steuerzuschuß überwiesen. Ein kommunistischer Antrag, auch die Vorlage über die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung dem Ausschuß zu überweisen, wird abgelehnt. Die Vorlage selbst wird darauf in zweiter Beratung mit 225 gegen 137 Stimmen angenommen.

Der Gesetzentwurf, wonach die Kosten bei Steuererhebung durch Kadonahme der Steuerzahler erlegt, wird ebenfalls verworfen. Angenommen wird ein Antrag aller Parteien, der die Reichsregierung ersucht, unverzüglich den Entwurf eines neuen Weingegesetzes vorzulegen.

Da die Druckfäden für die Zollvorlage erst in den Vormittagsstunden verteilt wurden, wird auf Vorschlag des Präsidenten die Sitzung dann auf 4 Uhr vertagt. Der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über Zolländerungen. Da im Hinblick auf die Parteiführer nach einer Besprechung beim Reichstagspräsidenten wegen der Schwierigkeiten der Befreiung eines Ausländerkreditbills mit ihren Fraktionen verhandelt werden wollen, wird der Beginn der 2. Sitzung auf 3 Uhr vertagt.

Schachs Forderungen.

Finanzprogramm der Regierung wieder in Frage gestellt.

— Berlin, 20. Dezember.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen im Reichstag kann mitgeteilt werden:

Reichsbankepräsident Dr. Schaft hat seine schon früher erhobene Forderung auf höhere Garantien für die Reichsanleihe aufrechterhalten. Alle in den letzten Tagen unternehmenen Versuche, den Reichsbankepräsidenten umzustimmen, sind erfolglos geblieben. Nachdem nunmehr die Kreditverhandlungen in der amerikanischen Bankengruppe zunächst als gescheitert zu betrachten sind, hat der Reichsbankepräsident erklärt, daß er den von der Regierung benötigten Heberbedürfnissen im Reichstag ein Initiativgesetz einbringen, durch das die Schaffung eines Tilgungsfonds für die künftige Reichsanleihe festgelegt wird. Dasselbe soll bis Ende des Rechnungsjahres 1930 den Betrag von 450 Millionen Mark durch Einparungen und Steuererhöhungen erreichen. Zunächst bedeutet die Erfüllung dieser Forderung die Durchschiebung des von der Regierung vorgeschlagenen Finanzprogramms, als auch in der Hauptfrage das Steuererhöhungsprogramm zunächst vereinigen müssen. Sollte das vom Reichsbankepräsidenten verlangte Gesetz von den Regierungsparteien eingebracht werden, dann wäre es notwendig, daß der Reichstag noch bis zum Montag zusammenbleibe, da wegen der Fristen die erste Lesung des Gesetzentwurfes nicht vor Sonnabend erfolgen könnte. In der Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern



Ausschlußberatung der Vorlage werden. Unter diesen Umständen könnte die dritte Lesung und die Schlußfassung des Reichstages in einer Sitzung in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag stattfinden.

Rücktritt Silberdinos?

Er bildet das Hindernis für eine Anleihe.

— Berlin, 20. Dezember.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist die Stellung des Reichsfinanzministers Dr. Silberding neuerlich dadurch klar erhellt worden, daß man in gewissen Kreisen der Ansicht sein soll, daß sein Verbleiben im Amt den Abschluß einer Anleihe, gleichgültig ob es sich um einen Inlands- oder Auslandskredit handelt, unmöglich machen würde. Man hält aber daher einen Rücktritt des Reichsfinanzministers nicht für ausgeschlossen.

Passive Außenhandelsbilanz.

Leider Einfuhrüberschuß im November.

— Berlin, 20. Dezember.

Im November ist die Einfuhr im reinen Warenverkehr um 54,5 Millionen auf 1161 Mill. gestiegen, während die Ausfuhr einseitig 59,5 Mill. im Reparationsablieferungen einen Rückgang um 100,2 Mill. auf 1153 Mill. An. zeigt.

Die Außenhandelsbilanz ergibt demnach einen kleinen Einfuhrüberschuß von 8 Mill. An., der sich unter Berücksichtigung der Reparationsablieferungen, für die ein Gesamtgewicht nicht einseh., um 59,6 Mill. An. auf 67,6 Mill. An. erhöht, gegenüber einem Aktivsaldo von 58 Mill. An. im Vormonat, der nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes, das die Reparationsablieferungen zur Ausfuhr hinzurechnet, mit 147 Mill. An. ausgewiesen wurde.

Die Zunahme der Einfuhr ist im Berichtsmonat zum überwiegenden Teil auf erhöhte Rohstoffzufuhr und Einfuhr halbfertiger Waren zurückzuführen, während die Einfuhr von Fertigwaren um 12,8 Millionen An. abgenommen hat. Der Ausfuhrüberschuß ist in erster Linie durch den Rückgang der Fertigenwarenausfuhr um 72,4 Mill. An. bedingt und zum Teil als Saisonfolge zu werten.

Einigung in der Zollfrage.

Verhandlung im Plenum am Donnerstag erwartet.

— Berlin, 19. Dezember.

Die Besprechung der Zollfrageverhandlungen der Regierungsparteien mit der Regierung dauerten bis gegen Mitternacht und führten im allgemeinen zu einer Einigung in den Hauptfragen.

Die viel umstrittenen Einzelteile sind beseitigt worden, und an ihre Stelle wird ein Sicherheitsfaktor einbezogen werden. Die Regierungsparteien wollen durch einen Antrag erreichen, daß ein Weizenpreis von 260 Mark und ein Roggenpreis von 230 Mark als angemessen für die Landwirtschaft festgelegt wird. Wenn dieser Preis im vorläufigen Durchschnitte unterzeichnet wird, soll der Zoll von 9,50 Mark für Weizen und 9,00 Mark für Roggen fallen. Dieser Zollfall kann bis auf 3,50 Mark für Weizen

und 3,00 Mark für Roggen ermäßigt werden, wenn im obernächstigen Durchschnitte die Preise überhöht werden. Es wird also vom 1. Januar ab der Weizenzoll 9,50 Mark, der Roggenzoll 9,00 Mark betragen. Bei der Braugeräte soll ein Zoll von 9,00 Mark, bei Hafer ein solcher von 7,00 Mark gelten.

Sichtlichlich des Futtergetreides

Ist eine Einigung noch nicht erfolgt, doch glaubt man, daß diese Frage Schwierigkeiten nicht mehr bereiten wird. Die Einfuhrzölle werden für Weizen auf 6,50 Mark, für Roggen und Hafer auf 6,00 Mark, für Braugeräte auf 6,50 Mark festgelegt. Sie sollen bei Roggen und Weizen heruntergesetzt werden, wenn der Zoll fällt.

Ueber den Mehlzoll

Ist eine Verständigung noch nicht erfolgt, doch erwartet man, auch in dieser Frage keine besonderen Schwierigkeiten mehr. Es dürfte voraussichtlich eine Einigung dahin zustande kommen, daß der doppelte Getreidezoll mit einem Zuschlag von 1,50 Mark festgelegt wird.

Bei den Vieh- und Fleischzöllen

Ist eine Einigung noch nicht erfolgt, doch wird voraussichtlich auch hierbei eine Einigung noch erzielt werden können.

Ein französischer Zähler.

— London, 20. Dezember.

Was die Behauptung von Bertinax anbelangt, daß Snowden Sanktionen gegen Deutschland in Aussicht nehme für den Fall der Ablehnung bestimmter Teile des Youngplans, so handelt es sich hier wahrscheinlich um eine reichlich weit gehende Auslegung der tatsächlich außerordentlich günstigen Stellung Frankreichs für den Haag. Die arbeitsparteiliche Regierung lehnt eine Sanktionspolitik jeder Art grundsätzlich ab, und es besteht keinerlei Anhaltspunkt, Snowden hieron auszunehmen. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Entwicklung in den deutsch-englischen Finanzkomplexen, wie der Eigenanfrage, und auch die Entwicklung in der Frage des Verzichts auf die Ueberwälte, die sich aus dem Lieberzeitplan von Dawes und Youngplan ergeben, einige Notwendigkeiten herbeiführt. Aber selbst im Falle der Ablehnung würde Schwankungen Snowden oder die britische Regierung keineswegs auf die alte Politik der Sanktionsandrohung als letztes Mittel des Ausgleichs zurückgreifen.

Von London aus wird der Zähler Bertinax durch das Auswärtige Amt ganz energisch demontiert.

Der Zeitpunkt der zweiten Haager Konferenz.

England und die französischen Sanktionswünsche. Der Meinungsaustrausch über die auf der zweiten Haager Konferenz zu behandelnden Fragen hat nun doch zu einem Teil der französischen Auffassung geführt. Der Form nach bleibt der 3. Januar als Beginn der Konferenz bestehen, jedoch werden an diesem Tage lediglich die Juristen zu einer Art vorbereitenden Tagung zusammenzutreten, während die eigentliche Vollkonferenz am 6. Januar beginnen wird.

Der eigentliche Grund für die Zustimmung zu dieser Vertagung durch die englische Regierung ist im Hinblick auf den geheimnisvollen Charakter der bisherigen juristischen Verhandlungen wenig durchsichtig.

Es ist aber kaum daran zu zweifeln, daß man hofft, bis Anfang Januar zu einer sachlichen Einigung vordringen zu können, in der Frage der Reparationen zu gelangen, jedoch überzeugt ist, daß nicht mehr ausreichend Zeit verfügbar sein wird, um auch die juristischen Vorarbeiten zu leisten.

Ein Stellungswechsel der englischen Politik ist daher in der Vertagung der Konferenz nicht zu sehen.

Bedeutung des rheinischen Eisenbahndienstes

— Paris, 19. Dezember.

Der „Temps“ befaßt sich mit der Veröffentlichung der Abkommen zwischen der Großhaager Konferenz und dem Deutschen Reich über die deutschen Eisenbahnen im Rheinland. Das Blatt wirkt über die hierüber erfolgten, auch in Frankreich veröffentlichten amtlichen deutschen Informationen, daß sie die für Deutschland günstigen Momente des Abkommens einseitig unterstrichen habe. Dies könnte ein solches Bild von den Abkommen geben.

Wenn auch die Fragen besonders technischer Charakter seien, so hätten sie doch nicht weniger politische Bedeutung bezüglich der effektiven Einmilitarisierung des Rheinlandes durch Durchführung des Berliner Vertrages. Wenn Deutschland und gewisse Eisenbahnen in der Rheinlandfrage eine Jone gestaltet seien, so habe man auf der anderen Seite die notwendigen Vorkehrungen getroffen, damit die französischen Bürger nicht kompromittiert werden könnten.

Die deutsche Vertretung im Haag.

Auch Schaft als Delegierter.

— Berlin, 19. Dezember.

Das Reichsministerium wird sich in den nächsten Tagen mit den Problemen der zweiten Haager Konferenz beschäftigen.